



IM FOKUS!

Mainz, 2. Juni 2026

Nr. 19/2

Alle befragen, niemanden in die Pflicht nehmen? Direkte und repräsentative Demokratie im Vergleich

Im Turnus von fünf Jahren bestimmen die Wahlberechtigten in Rheinland-Pfalz, welche regionalen Abgeordneten sie im **Landtag** in Mainz vertreten. Zuletzt fanden Landtagswahlen am 22. März 2026 statt. Der neue Landtag hat sich daraufhin am 18. Mai 2026 zu seiner 19. Wahlperiode konstituiert.

Laut **Rheinland-Pfalz-Monitor 2025** wünschen sich viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer über das Wahlrecht hinaus **Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen**.¹ Eine größere Einbindung in politische Prozesse wird dabei mit der Forderung nach mehr **direkter Demokratie**, etwa durch Volksentscheide, verbunden.

Direkte Demokratie bezeichnet die unmittelbare Herrschaft des Volkes. Das heißt, stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger können über politische Sachfragen selbst entscheiden bzw. sie auf die politische Agenda setzen. **Direktdemokratische Elemente** werden dabei in **Ergänzung zur reprä-**

sentativen Demokratie gesehen, in der gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten politische Entscheidungen treffen.²

Im Oktober und November 2025 stand das Thema Direkte Demokratie auch auf der Tagesordnung von Plenar- und Ausschusssitzungen des **Landtags Rheinland-Pfalz**. In den Debatten herrschte Konsens darüber, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gestärkt werden solle, jedoch gab es unterschiedliche Ansichten dazu, wie dies geschehen könne.³

Im Zentrum dieses Beitrags steht die Frage, **wie sich repräsentative und direkte Demokratie unterscheiden**. Wo liegen erstens die Herausforderungen direkter Demokratie, wie funktioniert zweitens repräsentative Demokratie, wie kann dabei drittens Beteiligung jenseits von direkter Demokratie aussehen, und worin besteht viertens der Mehrwert der repräsentativen Demokratie?

¹ Vgl. Jun, Uwe, Drewes, Oliver, Minas, Marius, Rheinland-Pfalz-Monitor 2025, erste Ergebnisse, https://landtag-rlp.de/files/pdf1/rlpm2025_pressekonferenz.pdf, zuletzt geprüft am 06.01.2026.

² Vgl. Bovermann, Rainer, Direkte Demokratie, in: Andersen, Uwe, Bogumil, Jörg, Marschall, Stefan, Woyke, Wichard, Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik

Deutschland, Wiesbaden 2021, S. 241–246, hier S. 241, und Kost, Andreas, Direkte Demokratie (Grundsatzartikel), in: Kost, Andreas, Solar, Marcel (Hrsg.), Lexikon Direkte Demokratie in Deutschland, Wiesbaden 2019, S. 55.

³ Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz, Plenarprotokoll 18/95, 09.10.2025, S. 132–140, Plenarprotokoll 18/96, 12.11.2025, S. 97–108 und Innenausschussprotokoll 18/49, S. 22–23.

I. Herausforderungen der direkten Demokratie

Direktdemokratische Instrumente wie Volksinitiativen, Volksbegehren oder Volksentscheide versprechen eine **unmittelbare Beteiligung** der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen. Sie können politische Themen auf die Agenda setzen, die im parlamentarischen Prozess möglicherweise zu wenig Beachtung finden, und sie **stärken das Gefühl politischer Teilhabe**.

Gleichzeitig sind mit direkter Demokratie **strukturelle Herausforderungen** verbunden. Politische Sachfragen sind häufig komplex, langfristig angelegt und von Zielkonflikten geprägt. Direkte Abstimmungen **reduzieren** diese **Komplexität** zwangsläufig auf eine einfache **Ja-oder-Nein-Entscheidung**. Differenzierte Lösungen, Kompromisse oder nachträgliche Anpassungen sind in diesem Rahmen nur eingeschränkt möglich.⁴

Wenn politische Entscheidungen durch Volksinitiativen oder Volksentscheide angestoßen werden, können Bürgerinnen und Bürger unmittelbar Einfluss nehmen, und das teilweise stärker als die parlamentarische **Opposition**, die im Parlament an Mehrheitsverhältnisse gebunden ist. Dadurch geraten die klaren Zuständigkeiten des parlamentarischen Systems ins Wanken und **politische Verantwortung wird schwerer zuzuordnen**.⁵

Ein weiterer Punkt ist, dass die Forderung nach mehr direkter Demokratie zunehmend von **populistischen Akteuren** aufgegriffen wird. Dabei geht es ihnen häufig weniger um eine tatsächliche Stärkung demokratischer Beteiligung als um direkte Demokratie als politisches Instrument.⁶ Mit dem Ruf nach Volksentscheiden wird ihre grundlegende Kritik an Politik, Parteien und Parlamenten verstärkt. Diese würden nicht mehr im Interesse der Bevölkerung handeln, sondern von einem abgehobenen politischen Establishment bestimmt. Die Konsequenz dieser Darstellung lautet: Wenn gewählte Institutionen angeblich versagt hätten, müsse „das Volk“ politische Entscheidungen selbst treffen. Bezeichnenderweise befürworten populistische Akteure aber Entscheidungen „von oben“, also das Gegenteil von direkter Demokratie, sobald sie selbst Regierungsverantwortung tragen; Entscheidungen werden getroffen, nicht vorab zur Diskussion gestellt.⁷

Nicht zuletzt ist die **soziale Selektivität** ein entscheidender Faktor: An direktdemokratischen Verfahren beteiligen sich nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Bildung, Einkommen und politische Ressourcen beeinflussen die Teilnahme erheblich, was **bestehende Ungleichheiten eher verstärken** als abbauen kann. Direkte Demokratie kommt dabei am meisten **gebildeten Mittelschichten** zugute. Sie können dadurch Oberschichten kontrollieren, die andere Einflussmög-

⁴ Vgl. Adam, Rudolf, Volkswille – Ideal oder Illusion? Weshalb Volksentscheide undemokratisch werden können, Wiesbaden 2024, S. 38–39.

⁵ Vgl. Decker, Frank, Bürgerräte – Abhilfe gegen die Repräsentationskrise oder demokratiepolitisches Feigenblatt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 52.1 (2021), S. 125–140, hier S. 128.

⁶ Vgl. Decker, Frank, Bürgerräte – Abhilfe gegen die Repräsentationskrise oder demokratiepolitisches Feigenblatt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 52.1 (2021), S. 125–140, hier S. 128.

⁷ Vgl. Decker, Frank, Bürgerräte – Abhilfe gegen die Repräsentationskrise oder demokratiepolitisches Feigenblatt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 52.1 (2021), S. 125–140, hier S. 128–129.

lichkeiten haben. **Untere Schichten** wiederum bleiben dem am meisten fern, weil sie am wenigsten von Abstimmungsprozessen und -gegenständen verstehen.⁸

II. Funktionieren der repräsentativen Demokratie

Die repräsentative Demokratie setzt an diesen Herausforderungen an. **Parlamente sind Orte strukturierter Entscheidungsfindung.** In ihnen werden politische Vorschläge eingebracht, in Ausschüssen fachlich beraten, geändert und im Plenum öffentlich diskutiert. Dieser Prozess ist zeitaufwendig, aber gerade darin liegt seine Stärke: politische Entscheidungen entstehen nicht punktuell, sondern im Rahmen eines kontinuierlichen Prozesses mit Kompromissen, die widerstreitende Interessen integrieren und dadurch friedensstiftend wirken.⁹

Abgeordnete sind dabei sowohl ihrem Gewissen als auch ihren Wählerinnen und Wählern verpflichtet. Sie stehen in einem **Spannungsverhältnis zwischen Repräsentation, Verantwortung und politischer Führung**; denn sie müssen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger kennen, bei Entscheidungs-

gen voranschreiten und diese ihnen überzeugend öffentlich erklären können.¹⁰ Das **freie Mandat** erlaubt es Abgeordneten, unterschiedliche **Interessen abzuwägen, Expertise einzubeziehen** und auch unpopuläre, aber langfristig **notwendige Entscheidungen zu treffen.** Vom Grundsatz her gilt außerdem, dass jedes Parlamentsmitglied das **gesamte Volk** repräsentiert – egal welches Geschlecht oder welche Herkunft die Person selbst hat.¹¹

Ein zentraler Vorteil parlamentarischer Demokratie ist darüber hinaus ihre **Lern- und Korrekturfähigkeit.** Gesetze können geändert, angepasst oder aufgehoben werden. Politische Fehlentscheidungen lassen sich im politischen Prozess revidieren. Zudem unterliegen Abgeordnete **politischer Rechenschaft:** Wahlen ermöglichen es den Bürgerinnen und Bürgern, Entscheidungen im Nachhinein zu bewerten und politische Mehrheiten zu verändern.¹²

Wahlen stellen im Vergleich zu direktdemokratischen Instrumenten eine vergleichsweise **niedrigschwellige Form politischer Beteiligung** dar. Bei ihnen ist das Prinzip der politischen Gleichheit in besonderem Maße verwirklicht.¹³ Doch auch bei der Frage der Wahlbeteiligung spielen Bildung und andere

⁸ Vgl. Moeckli, Silvano, So funktioniert direkte Demokratie, München 2018, S. 169.

⁹ Vgl. Schüttemeyer, Suzanne, Die Logik der parlamentarischen Demokratie, in: bpb. Informationen zur politischen Bildung 341, 3–4 (2019), S. 35.

¹⁰ Vgl. Schüttemeyer, Suzanne, Die Logik der parlamentarischen Demokratie, in: bpb. Informationen zur politischen Bildung 341, 3–4 (2019), S. 15.

¹¹ Vgl. Biefang, Andreas, Parlamentarismus und Demokratie, in: Biefang, Andreas, Geppert, Dominik, Recker, Marie-Luise, Wirsching, Andreas (Hrsg.), Parlamentarismus in Deutschland von

1815 bis zur Gegenwart. Historische Perspektiven auf die repräsentative Demokratie, Düsseldorf 2022, S. 29–50, hier S. 30.

¹² Vgl. Korte, Karl-Rudolf, Warum wählen?, 01.07.2021, <https://www.bpb.de/themen/politisches-system/wahlen-in-deutschland/335614/warum-waehlen/>, zuletzt geprüft am 11.02.2026.

¹³ Vgl. Schäfer, Armin, Schoen, Harald, Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit, in: Leviathan 41.1 (2013), S. 94–120, hier S. 99 und Lehmann, Pola, Ritzi, Claudia, Stärkt die direkte Demokratie die demokratische Legitimität?, in: Kneip, Sascha; Merkel,

Ressourcen eine entscheidende Rolle.¹⁴ Umso wichtiger ist es deshalb, die Bedeutung des Wahlrechts hervorzuheben und zur Teilnahme an Wahlen aufzurufen, wie es zuletzt der **Landtag Rheinland-Pfalz** mit seiner **Wahlkampagne „Nie wieder nicht wählen“** getan hat.¹⁵

III. Beteiligung jenseits von direkter Demokratie

Die Forderung nach mehr politischer Beteiligung muss nicht zwangsläufig in einen Ausbau direkter Demokratie münden. Auch innerhalb der repräsentativen Demokratie existieren **vielfältige Beteiligungsformen**: für die Bürgerinnen und Bürger mittelbar wie Anhörungen und Enquete-Kommissionen und unmittelbar wie Bürgerdialoge, Petitionen oder digitale Beteiligungsformate. Sie eröffnen Möglichkeiten, gesellschaftliche Perspektiven in den parlamentarischen Prozess einzubringen.

Gerade Parlamente wie der **Landtag Rheinland-Pfalz** haben in den vergangenen Jahren ihre Beteiligungsinstrumente weiterentwickelt. Zu nennen ist etwa die Präsenz des Landtags in den **sozialen Medien** mit eigenen Profilen – von Facebook über Instagram, Threads, LinkedIn bis hin zu Mastodon –, die Interaktion ermöglichen. Ein weiteres Beispiel ist die **Veranstaltungsreihe „Werte. Haltung. Demokratie.“**, zu der Expertinnen und

Experten eingeladen werden und an der Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können, um sich mit Blick auf eine wehrhafte Demokratie zu informieren, auszutauschen und zu handeln.¹⁶

Ziel ist es, Transparenz zu erhöhen, politische Prozesse nachvollziehbarer zu machen und den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Abgeordneten zu intensivieren, ohne dabei die Verantwortung parlamentarischer Entscheidungsträger zu relativieren.

IV. Ein Plädoyer für die repräsentative Demokratie

Die repräsentative Demokratie ist kein Gegenmodell zur Beteiligung, sondern ihre institutionelle Form in komplexen Gesellschaften. **Direktdemokratische Elemente** können eine **sinnvolle Ergänzung** sein, wenn sie maßvoll eingesetzt und in ein starkes parlamentarisches System eingebettet sind.

Wahlen – wie die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz – sind nicht nur ein Akt der Stimmabgabe, sondern ein zentrales Instrument politischer Legitimation. Mit einer Wahl wird **Verantwortung auf gewählte Vertreterinnen und Vertreter übertragen**, die im Parlament das ganze Volk vertreten.¹⁷

Wolfgang; Weßels, Bernhard (Hrsg.), Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland, Wiesbaden 2020, S. 317–340, hier S. 335–337.

¹⁴ Vgl. Diskussionsforum: Repräsentationslücken? Parlament, Öffentlichkeit, Bürger. Podium, in: Vorstand der SVParl (Hrsg.), Zukunft der repräsentativen Demokratie. 50 Jahre Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen e. V., Baden-Baden 2024, S. 116.

¹⁵ Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz, Nie wieder nicht wählen, <https://rlp-wahl-2026.de/>, zuletzt geprüft am 03.02.2026.

¹⁶ Vgl. Landtag Rheinland-Pfalz, Werte. Haltung. Demokratie. Eine Veranstaltungsreihe zur Wehrhaften Demokratie, <https://landtag-rlp.de/de/mitmachen/demokratie/wehrhafte-demokratie.htm>, zuletzt geprüft am 07.01.2026.

¹⁷ Vgl. Artikel 79 Abs. 2 Satz 2 Verfassung für Rheinland-Pfalz und Artikel 38 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz.

Die repräsentative Demokratie bleibt deshalb das tragende Fundament demokratischer Ordnung: „Am Ende ist die Funktionsfähigkeit des Parlamentarismus der Prüfstein, der über Stabilität und Krise des politischen Systems entscheidet. Und in dieser Beziehung besteht trotz aller Anfeindungen und Herausforderungen kein Grund zu allzu großem Pessimismus. Denn das **Prinzip der Repräsentation** verfügt über eine **Reihe von Vorzügen**, die keine der denkbaren und bisher erprobten Alternativen besitzt. Es bietet mit dem Parlament ein Forum für den öffentlichen Austausch von Argumenten, den regelbasierten Austrag von Konflikten in der Gesellschaft und die Aushandlung politischer

Kompromisse. Wenn es richtig gehandhabt wird, sorgt es für die klare Zuordnung politischer Verantwortung und verpflichtet die Mandatsträger in einer Weise zur Rechenschaft, die **bei Modellen der direkten Demokratie nicht gegeben** ist, weil letztlich niemand in die Pflicht genommen werden kann, wenn alle gefragt werden.“¹⁸

Eine lebendige Demokratie lebt damit vom **Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger**, aber ebenso von **starken, handlungsfähigen Parlamenten**.

¹⁸ Vgl. Geppert, Dominik, Wirsching, Andreas, Krise der Repräsentation? Eine Gegenwartsbestimmung des Parlamentarismus aus historischer Perspektive, in: Biefang, Andreas, Geppert, Dominik, Recker, Marie-Luise, Wirsching,

Andreas (Hrsg.), Parlamentarismus in Deutschland von 1815 bis zur Gegenwart. Historische Perspektiven auf die repräsentative Demokratie, Düsseldorf 2022, S. 417–430, hier S. 428–429. Eigene Hervorhebungen.